

A5 Für eine wirklich inklusive GRÜNE Partei

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

Antragstext

1 GRÜNE Vielfaltspolitik geht nur mit einer starken Stimme für Menschen mit Behinderung. Das
2 geht nur miteinander, statt gegeneinander. Nur im Gespräch mit uns, statt über uns. Denn
3 Benachteiligung hat viele Dimensionen, ist oft intersektional und verbirgt sich im
4 Unterbewusstsein und unsichtbaren Strukturen.

5 1. Präambel:

6 Für uns BündnisGRÜNE muss deshalb gelten:

7 1. Eine inklusive Gesellschaft bringt Vorteile für alle Menschen - mit und ohne
8 Behinderung.

9 2. Die Würde von Menschen mit Behinderung ist nicht verhandelbar.

10 3. Selbstbestimmung und gleiche Teilhabe für Menschen mit Behinderung sind unsere
11 unverrückbaren Grundprinzipien.

12 4. Behindertenpolitik ist kein Nischenthema, sondern ein Querschnittsthema. Wegducken
13 gilt nicht!

14 5. Aus Artikel 1 und 3 Grundgesetz, der Allgemeinen UN-Menschenrechtserklärung, der
15 Europäischen Sozialcharta, der EU-Vielfaltsrichtlinie und insbesondere der UN-
16 Behindertenrechtskonvention ergeben sich klare Rechtsansprüche.

17 6. Menschen mit Behinderung wollen kein Mitleid, sondern Respekt. Sie haben Fähigkeiten,
18 die sie zum Wohle der Gesellschaft einsetzen wollen.

19 7. Schluss mit Sonderstrukturen nach dem Prinzip „Aus den Augen, aus dem Sinn“.

20 8. Redet nicht über sondern mit uns über Inklusion.

21 9. Nutzt unser vielfältiges Expert*innenwissen in eigener Sache.

22 10. Menschen mit Behinderung wollen und brauchen keinen Paternalismus (wohlmeinende
23 Fremdbestimmung), sondern Nachteilsausgleiche.

24 11. Angriffen auf Menschen mit Behinderung und ihre Grundrechte begegnen wir lautstark.
25 Wehret den Anfängen!

26 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versteht sich als Bündnispartei, deren Stärke in der Vielfalt liegt.

27 Seit der Gründung setzen wir uns für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ein.

28 Unser Vielfaltsstatut formuliert das klare Ziel: Die Repräsentation von gesellschaftlich
29 diskriminierten oder benachteiligten Gruppen soll mindestens gemäß ihrem gesellschaftlichen
30 Anteil auf der jeweiligen Ebene erfolgen.

31 Doch die Realität in unseren eigenen Reihen bleibt weit hinter diesem Anspruch zurück. Dies
32 führt zu einer tiefen Frustration: Wir müssen erleben, dass engagierte Mitglieder aus der
33 Partei austreten, weil sie sich persönlich ausgebremst, das Thema Inklusion strukturell
34 nicht umgesetzt und programmatisch nicht ausreichend gespiegelt sehen. Wenn wir als Partei
35 glaubwürdig bleiben wollen, müssen wir unsere eigenen, unsichtbaren und ausschließenden
36 Strukturen sichtbar machen und einreißen.

37 2. Repräsentationslücke:

38 Wir freuen uns über sichtbare Erfolge in der Repräsentation vielfältiger Gruppen in
39 parlamentarischen Spitzenämtern und Regierungsverantwortung. Doch Menschen mit Behinderung
40 fehlen in dieser Sichtbarkeit eklatant. Dies belegen auch die innerparteilichen Zahlen:
41 Während in der Gesamtbevölkerung laut Bundesteilhabebereicht fast 30% der Menschen eine
42 Behinderung aufweisen (davon 9,3% mit anerkannter Schwerbehinderung), liegt dieser Anteil
43 bei uns derzeit nur bei 6% mit anerkannter Schwerbehinderung. Diese Unterrepräsentation
44 zeigt, dass unsere Strukturen noch immer nicht so durchlässig und inklusiv sind, wie wir es
45 uns zur Aufgabe gemacht haben. Insbesondere auch auf höherer Mandatsebene (Landtag,
46 Bundestag) klafft eine große Lücke.

47 3. Ableismus im parteiinternen Alltag:

48 Wir stellen uns laut Statut Diskriminierung auch innerhalb unserer Partei entschlossen
49 entgegen. Die vorhandenen inklusionsfeindlichen "strukturellen und omnipräsenten
50 Privilegien" müssen verringert und eingeschränkt werden. Dennoch ist Ableismus bittere
51 parteiinterne Realität. Er äußert sich oft subtil, aber mit massiven Auswirkungen auf die
52 politische Teilhabe von Menschen mit Behinderung:

- 53 • Tokenismus und Quotendenken: Es kommt vor, dass Kandidat*innen mit Behinderungen ein
54 guter Listenplatz mit der Begründung verwehrt wird, dass bereits eine andere Person
55 mit sichtbarer Behinderung gewählt worden sei (Zitat: „Es wurde schon ein Mensch mit
56 Behinderung gewählt“). Vielfalt ist jedoch keine Checkliste, die man mit einer
57 einzelnen Person abhakt.
- 58 • Degradierung von Leistung und Kompetenz: Politischer Erfolg von Mandatsträger*innen
59 mit Behinderung wird intern teils auf die Behinderung reduziert („nur so weit
60 gekommen, weil...“). Gleichzeitig wird Betroffenen pauschal eine geringere
61 Leistungsfähigkeit unterstellt, weshalb ihnen von Kandidaturen abgeraten wird oder sie
62 aus Fraktionen und Ämtern gedrängt werden, samt Aufforderung, ihr Mandat/Amt
63 niederzulegen. Tatsächlich gehen Menschen mit Behinderung oft über ihre
64 Leistungsgrenzen und zeigen aufgrund ihrer härteren Lebenserfahrung eine
65 überdurchschnittliche Resilienz.
- 66 • Victim-Blaming: Absurde Argumentationsmuster, bei denen Menschen die Schuld an
67 erworbenen Behinderungen (z.B. durch Unfälle) zugewiesen wird, um ihnen die
68 Legitimation abzusprechen, das Thema Vielfalt politisch zu vertreten, sind
69 inakzeptabel.
- 70 • Sprachliche Diskriminierung: Ableismus reproduziert sich in unserer Alltagssprache.
71 Unbedachte ableistische Metaphern in politischen Debatten wirken exkludierend. Durch
72 kritische Selbstreflexion müssen wir ein Bewusstsein über diese
73 Diskriminierungsmechanismen verankern und sie abbauen. Umgekehrt steht es Betroffenen

74 stets frei, sich negativ besetzte Begriffe wieder anzueignen und sie als
75 Selbstbezeichnung politisch positiv umzudeuten.

76 • Infragestellung der Behinderung: Vor allem unsichtbare und psychische Behinderungen
77 werden oft abgewertet oder ganz in Frage gestellt. Niemand sollte aber unter
78 Rechtfertigungsdruck gestellt werden, persönlichste Dinge offenbaren zu müssen, die
79 aus gutem Grund hohen Ansprüchen an Vertraulichkeit unterliegen und entsprechend
80 rechtlich behandelt werden. Hier werden Betroffene in eine unmögliche Situation mit
81 hohem Risikopotenzial gebracht, da die Informationen gegen sie verwendet werden
82 (können).

83 4. Unsere Forderungen zur strukturellen Verankerung:

84 Es reicht nicht mehr, Inklusion nur in Sonntagsreden zu fordern. Wir verlangen, dass das
85 Thema endlich konkreten Niederschlag bei all unseren Abgeordneten und in der täglichen
86 Arbeit findet. Das Vielfaltsstatut sieht ausdrücklich vor, Instrumente wie Quoten oder
87 Empowerment-Maßnahmen zu entwickeln, um unsere Ziele zu erreichen. Daraus leiten wir
88 folgende Forderungen ab:

- 89 • Einführung einer Quote: Um die Lücke zwischen den knapp 30% von Menschen mit
90 Behinderungen (davon 9,3 % anerkannt schwerbehindert) einerseits und unserer
91 parteiinternen Repräsentanz von nur 6 % mit anerkannter Schwerbehinderung andererseits
92 zu schließen, fordern wir eine verbindliche Quote für Menschen mit Behinderung bei der
93 Besetzung von Ämtern und Mandaten. Insbesondere auch bei den bevorstehenden
94 Landtagswahlen 2027 in NRW und Schleswig-Holstein.
- 95 • Wirksame Antidiskriminierungsstruktur: Das Statut verspricht, Diskriminierungsfälle
96 aktiv zu bearbeiten und Betroffene zu schützen. Wir fordern den flächendeckenden
97 Ausbau einer unabhängigen, weisungsfreien Antidiskriminierungsstruktur, die bei
98 ableistischen Vorfällen effektiv eingreift und sensibilisiert. Hierzu brauchen wir
99 zeitnah Richtlinien für den Umgang mit Menschen mit Behinderung bzw. schweren
100 gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Die angemessene Einbindung in die Awareness-
101 Strukturen (Achtsamkeit/Bewusstsein) unserer Partei halten wir für unabdingbar.
102 Verstöße bedürfen einer klaren Sanktionierung.
- 103 • Empowerment durch Vernetzung: Wir fordern die offizielle Einrichtung und dauerhafte
104 finanzielle Unterstützung eines „Netzwerks von Stammtischen für Mandatsträger*innen
105 mit Behinderung“. Das Statut sieht explizit vor, Räume zu stärken, in denen sich
106 Menschen mit Diskriminierungserfahrung in einem geschützten Rahmen austauschen und
107 vernetzen können. Parallel dazu bedarf es ähnlicher digitaler Schutzräume.
- 108 • Wahl von Inklusions-Obleuten: Wir fordern die Einführung von Obleuten (Ob-Frau, Ob-
109 Mann, Ob-Person) auf allen Gliederungsebenen. Diese müssen mit den nötigen Befugnissen
110 ausgestattet werden, um auf die konsequente Umsetzung der Inklusion in der
111 alltäglichen Parteiarbeit zu achten.
- 112 • Umfassend barrierefreie Partei: Zeitnahe Überarbeitung und Präzisierung des Leitfadens
113 für barrierefreie Veranstaltungen. Mit einem aus Verzichtsspenden finanzierten
114 Sozialfonds behinderungsübergreifend für gleiche Teilhabe in der Partei sorgen.
115 Konkrete Nachteilsausgleiche (u.a. bei Redezeiten) in den Parteistatuten statt neuer
116 und zusätzlicher Hürden.

117 Version in einfacher Sprache:

118 1. Einleitung:

119 Diskriminierung von Menschen mit Behinderung gibt es oft auch in unserer Partei. Sie ist
120 häufig unsichtbar. Sie ist nicht immer absichtlich. Viele Menschen mit Behinderung werden
121 und sind zusätzlich aus anderen Gründen benachteiligt (schweres Wort dafür: intersektionale
122 und Mehrfach-Diskriminierung).

123
124 Deshalb brauchen wir klare Regeln für den Umgang mit uns Menschen mit Behinderung in unserer
125 Partei. Und brauchen Grundsätze für politischen Austausch:

- 126 1. Wir sind für eine inklusive Gesellschaft, weil sie gut für alle ist.
- 127 2. Unsere Menschenwürde ist nicht verhandelbar.
- 128 3. Selbstbestimmung und gleiche Teilhabe ohne wenn und aber.
- 129 4. Behindertenpolitik ist ein Querschnittsthema (das heißt: Wir Menschen mit Behinderung
130 müssen überall mitgedacht werden und alle sollten dabei helfen).
- 131 5. Deutsche, europäische und internationale Gesetze und Verträge geben Menschen mit
132 Behinderung klare Rechte. Insbesondere die UN-Behindertenrechtskonvention.
- 133 6. Wir wollen Respekt und haben Fähigkeiten, die wir zum Wohle der Gesellschaft einsetzen
134 wollen.
- 135 7. Schluss mit Sonderstrukturen, die uns unsichtbar machen.
- 136 8. Redet nicht über sondern mit uns.
- 137 9. Wir sind die Experten: Nutzt unser Wissen in eigener Sache.
- 138 10. Wir brauchen keine unerbetene Hilfe, sondern konkrete Nachteilsausgleiche.
- 139 11. Wenn wir Menschen mit Behinderung und unsere Grundrechte angegriffen werden, dann
140 müssen wir alle sofort und laut „Stopp“ sagen!

141 Anspruch und Wirklichkeit:

142
143 Die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagt: Vielfalt macht uns Stark. Seit der Gründung setzen
144 wir uns dafür ein, dass alle Menschen immer mitmachen können. Unser Vielfalts-Statut (das
145 sind unsere Regeln für Vielfalt) sagt ganz klar: Benachteiligte Gruppen sollen in der Partei
146 genauso stark vertreten sein wie in der Gesellschaft.

147 Aber die Wirklichkeit in der Partei sieht leider anders aus. Das macht viele sehr traurig
148 und wütend. Aktive Mitglieder verlassen sogar die Partei. Sie sagen: Die Partei redet nur
149 über Inklusion, tut aber zu wenig dafür. Wenn wir als Partei glaubwürdig sein wollen, müssen
150 wir unsere eigenen, unsichtbaren Barrieren erkennen und abbauen.

151 2. Wir sind zu wenige (Repräsentationslücke):

152
153 Wir freuen uns, dass verschiedene Gruppen in der Partei und in der Regierung besser
154 vertreten sind. Aber Menschen mit Behinderung fehlen in wichtigen Ämtern. Die Zahlen zeigen
155 das deutlich: In Deutschland haben fast 30% eine Behinderung. Das sind sehr viele! 9,4
156 Prozent der Menschen haben eine Schwerbehinderung. Aber in unserer Partei haben ab der

157 Kreis-Ebene aufwärts nur 6 Prozent in Ämtern und Mandaten eine Schwerbehinderung. Das zeigt:
158 Wir lassen Menschen mit Behinderung noch immer nicht richtig mitmachen.

159 3. Diskriminierung im Partei-Alltag (Ableismus):

160
161 Ableismus ist das Fach-Wort für die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung. In unseren
162 Regeln steht, dass wir gegen Diskriminierung sind. Trotzdem gibt es auch in unserer Partei
163 Ableismus. Er zeigt sich oft im Verborgenen, hat aber schlimme Folgen:

- 164 • „Einer reicht“ wird oft gesagt: Manchmal bekommt eine Person mit Behinderung keinen
165 guten Listen-Platz. Die Ausrede ist dann: „Es wurde schon ein Mensch mit Behinderung
166 gewählt.“ Aber Vielfalt ist keine Liste, auf der man einfach ein Häkchen macht.
- 167 • Leistung wird schlechtgemacht: Manchmal wird gesagt: „Die Person hat es nur wegen der
168 Behinderung so weit geschafft.“ Gleichzeitig wird oft behauptet, Menschen mit
169 Behinderung könnten nicht so viel leisten. Deshalb wird ihnen davon abgeraten, für ein
170 Amt zu kandidieren. Oder sie werden sogar aus ihrem Amt oder Mandat gedrängt. Das ist
171 Mobbing, das darf nicht sein!
- 172 • Falsche Vorwürfe (Victim-Blaming): Manchmal wird Leuten gesagt, sie seien an ihrem
173 Unfall oder ihrer Behinderung selbst schuld. Darum dürften sie das Thema Vielfalt
174 nicht vertreten. Das ist völlig falsch.
- 175 • Verletzende Sprache: Diskriminierung zeigt sich auch in unserer Sprache. Oft werden
176 verletzende Wörter benutzt, ohne nachzudenken. Wir müssen unsere Sprache ändern, damit
177 sie niemanden ausschließt.
178
179 Manchmal benutzen wir selber solche Worte. Das ist dann gut und richtig, wenn es uns
180 stärkt und Kraft gibt.
- 181 • Infragestellung der Behinderung: Viele Menschen haben eine unsichtbare oder psychische
182 Behinderung. Das darf nicht abgewertet oder in Frage gestellt werden. Niemand soll
183 sich rechtfertigen müssen oder sehr persönliche Dinge erzählen müssen.

184 4. Unsere Forderungen (was sich ändern muss):

185
186 Schöne Reden reichen nicht mehr. Wir fordern, dass Inklusion im Alltag der Partei und bei
187 den Abgeordneten wirklich gelebt wird. Unsere Regeln für Vielfalt erlauben Maßnahmen wie
188 Quoten. Darum fordern wir:

- 189 • Eine feste Quote: Wir wollen die Lücke zwischen den 9,4 Prozent (in der Gesellschaft)
190 und den 6 Prozent (in der Partei) schließen. Deshalb fordern wir feste Plätze (eine
191 Quote) für Menschen mit Behinderung bei Ämtern und Wahlen.
- 192 • Hilfe bei Diskriminierung: Wenn Menschen mit Behinderung diskriminiert werden müssen
193 sie wissen, an wen sie sich wenden können. Dafür muss es überall in der Partei
194 unabhängige Stellen geben, die dann helfen. Sie dürfen nicht weisungsgebunden sein,
195 damit sie die richtigen Entscheidungen treffen. Sie müssen auch Strafen verhängen
196 dürfen. Wir fordern dafür klare Regeln und wollen mehr Bewusstsein in der Partei
197 schaffen.
- 198 • Treffen für den Austausch: Wir fordern regelmäßige Treffen für Menschen mit
199 Behinderung, die gewählt wurden. Die Partei muss diese Treffen offiziell machen und

- 200 Geld dafür geben. Dort können sich Betroffene in einem geschützten Raum austauschen
201 und gegenseitig stärken. Diese Treffen soll es mal in live und mal digital geben.
- 202 • Ansprech-Personen (Ob-Leute): Es muss auf jeder Ebene der Partei mindestens eine
203 Person geben, die sich um Inklusion kümmert. Diese Personen brauchen echte Rechte,
204 damit sie bei der Partei-Arbeit auf Inklusion achten können.
- 205 • Umfassend barrierefreie Partei: Wir überarbeiten ganz schnell die Richtlinien für
206 Barrierefreiheit. Damit alle unsere Veranstaltungen niemanden ausschließen. Wir
207 fordern einen Spar-Topf, aus dem alles bezahlt wird, der für gleiche Teilhabe aller
208 Parteimitglieder sorgt. Das finanzieren wir aus Verzichtsspenden. Auch unsere Satzung
209 und Regeln müssen barrierefrei sein: wir brauchen mehr Nachteilsausgleiche.

Begründung

(einstimmig beschlossen auf der Sitzung der BAG Behindertenpolitik am 26.4.2026)

Unterstützer*innen

Louisa Fries (BAG Behindertenpolitik); Christian Judith (BAG Behindertenpolitik); Susann Kolba (BAG Behindertenpolitik)